

Artikel vom 20.07.2018

Gemeinderatssitzung im Juli 2018

Gemeinde plant Kooperation bei Elektrofahrzeug



Wilhelmsdorf (pmw). „Wir haben als Gemeinde schon frühzeitig mit den beiden Windkraftanlagen einen Beitrag zur Energiewende geleistet“, so Erster Bürgermeister Rüdiger Probst bei einer Sitzung des Gemeinderates. Jetzt soll auf Anregung der Gesellschaft ‚Bürgerwindrad Wilhelmsdorf‘ in Kooperation mit der Gemeinde ein Elektrofahrzeug angeschafft werden, welches sowohl der Gemeinde als auch den Gesellschaftern zur Verfügung steht. Man war sich einig, dass die Beteiligung an dem Projekt „ein weiterer Baustein auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit sein kann“.

Marcus Dornbauer als Geschäftsführer der Bürgerwindradgesellschaft erläuterte das Vorhaben. Die Kurzfassung: Die Windradgesellschaft least das Fahrzeug und errichtet eine Ladestation, die Gemeinde bezahlt den Strom und nimmt das Fortbewegungsmittel organisatorisch in Obhut. Als Gegenleistung können Gemeindemitarbeiter das Fahrzeug dienstlich ebenso nutzen, wie die Gesellschafter, wobei die Ausleihe über die Gemeinde erfolgt.

Diskussionsbedarf war genügend vorhanden. Vor allem ging es darum, dass die Ausleihe praktikabel und organisatorisch überschaubar bleibt; auf Bauhof und Verwaltung dürften keine allzu großen zusätzlichen Aufgaben zukommen. „Die Gemeinde kann und will kein Leihwagengeschäft aufmachen. Und solange mehr als die Hälfte des Stroms in Deutschland aus Kernkraft- und Kohlkraftwerken kommt, ist das Unterfangen grundsätzlich in Frage zu stellen“, so Mitglieder des Gemeinderates. Auch Marcus Dornauer meinte, dass das Ganze nur mit Ökostrom wirklich Sinn mache.

Elektrofahrzeug im Probetrieb

Dennoch wollte niemand einer Probephase im Weg stehen und so gab es Zustimmung zum Projekt „E-Mobilität“ unter der Voraussetzung, dass der Verwaltungsaufwand sich in engen Grenzen hält. „Wenn der Aufwand zu groß wird, steigen wir wieder aus“, so Bürgermeister Probst, der vom Gemeinderat beauftragt wurde, Details mit dem Geschäftsführer der Windradgesellschaft abzustimmen. Als Standort wurde die Bergstraße 9 ausgemacht, wo derzeit einige Parkflächen entstehen und auch die Ladestation platziert werden könnte. Über die Art des Fahrzeuges, im Gespräch waren der von der Post eingesetzte „Streetscooter“ und alternativ dazu ein französisches Fabrikat, will man sich im Benehmen mit der Windradgesellschaft noch Gedanken machen.

Beitrag zur Energiewende

Letztlich gehe es auch darum, langfristige Verkaufsmöglichkeiten für den in der Gemeinde erzeugten ökologischen Strom zu erschließen. Für Marcus Dornauer ist die „Elektromobilität zwar kein Allheilmittel zur Energiewende, aber ein wichtiger Schritt dazu“. Die beiden Windkraftanlagen auf Wilhelmsdorfer Gebiet hätten zuletzt mehr Strom ökologisch erzeugt, als in der gesamten Gemeinde benötigt wird.

Etlichen Baumaßnahmen zugestimmt

Zum Plan einer örtlichen Bäckerei, mit der Überbauung des Hofraumes den Backraum zu erweitern, hat der Gemeinderat das gemeindliche Einvernehmen erteilt. „Wir dürfen und wollen der Entwicklung von ortsansässigem Handwerk nicht im Wege stehen“, so Bürgermeister Probst. Zusätzlich soll der Parkplatz an der Südseite der Bäckerei für Lieferzwecke überdacht werden. „Wir sind noch auf der Suche nach alternativen Parkmöglichkeiten, die im Ortskern ohnehin nur begrenzt vorhanden sind“.

Keine Einwände hatte der Gemeinderat mehrheitlich auch gegen die Wiederrichtung eines Wohnhauses in der Gemarkung Ebersbach, welches an Weihnachten vollständig abgerannt war. Die Zufahrt zu dem im Außenbereich liegenden Bauvorhaben sei durch eine Grunddienstbarkeit gesichert, die Wasserversorgung erfolge mittels eines hauseigenen Brunnens. Es wurde aber nochmals explizit auf die Sicherstellung einer ordentlichen Entwässerung hingewiesen, wozu bereits ein Sachverständigengutachten eingeholt worden sei. Es wurde nochmals klargestellt, dass

eventuell dennoch notwendige Erschließungsmaßnahmen keinesfalls auf Kosten der Gemeinde erfolgen.

Zugestimmt hat der Gemeinderat auch einem Teillabbruch mit anschließender Geräteraumerweiterung für einen Betrieb in der Rosenstraße. Die Genehmigung zur Wiederrichtung einer Abbundhalle im Gewerbegebiet, die vor einigen Wochen einem Brand zum Opfer gefallen war, erfolge im Rahmen des Freistellungsverfahrens, berichtete Probst dem Gemeinderat.

Gewässerentwicklungskonzept im Entstehen

Der Bürgermeister stellte kurz auch das im Rahmen der Kommunalen Allianz geplante Gewässerentwicklungskonzept vor. Hierbei handele es sich um ein unverbindliches und langfristig angelegtes Vorhaben. Abzüglich staatlicher Förderung würden für die Konzeption und das damit zu beauftragende Institut letztlich nur maximal 2.000 Euro auf die Gemeinde zukommen, was den meisten Räten die Zustimmung erleichterte.